

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

27.2.1931 (No. 49)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verlags-
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. K. M. N. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Weitreibung und Kontostundenfallt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Aufhebung der Zweigstelle Lörrach der Staatsanwaltschaft Freiburg

Die Zweigstelle Lörrach der Staatsanwaltschaft Freiburg wird auf den Zeitpunkt, an dem ihr bisheriger Leiter den ihm übertragenen neuen Dienst als Leiter der Staatsanwaltschaft Mosbach übernehmen wird, mit der Hauptstelle Freiburg wieder vereinigt. Die Zweigstelle Lörrach wurde im Jahre 1919 errichtet, um eine wirksamere Bekämpfung des Schleichhandels und des Schmuggelwesens an der Grenze zu gewährleisten; ihre Geschäfte können nunmehr wieder von der Hauptstelle aus besorgt werden. Die Aufhebung der Zweigstelle bringt eine Ersparnis an persönlichen und sachlichen Ausgaben mit sich.

Regierung und Gewerkschaften

Erklärungen Brüning und Stegerwald beim Empfang der Gewerkschaftsvertreter

Bei dem gemeldeten Empfang der Gewerkschaftsführer beim Reichspräsidenten am Donnerstag gaben, den Vätern zufolge, Reichkanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald wichtige Erklärungen ab.

Stegerwald erklärte, er würde an dem Kern der Tarifverträge, an dem Kern des Schlichtungswesens und an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber es gebe auf diesem Gebiete noch eine Anzahl Inflationserscheinungen und eine Anzahl Anstandsgegenstände, die noch beseitigt werden müßten, und wo die Gewerkschaften auch noch Konzeptionen machen könnten. Den Vertretern der Arbeiter, die in den letzten Tagen von ihm verlangt hätten, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren, habe er geantwortet, daß er das entschieden ablehne.

Reichkanzler Dr. Brüning führte aus, daß die Regierung die heutigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern von sich aus weiter fortsetzen werde. Er wolle aber heute schon gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verleihe, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige; vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiete der Selbsthilfe erfülle, zum Beispiel auf dem Gebiet der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufsorganisation durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Der Reichs-ernährungsminister habe erklärt, daß er der Landwirtschaft für die Durchführung dieser Selbsthilfemaßnahmen bestimmte Termine setzen werde, und erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung sich bereit erklären, von der Ermächtigung eventuell Gebrauch zu machen.

Der Reichspräsident schloß die Unterredung mit der Bemerkung, daß er die Sorge der Gewerkschaften teile, daß er gewiß tun wolle, was in seinen Kräften stehe, zu helfen, und daß er glaube, daß auch die Regierung ihrerseits das Notwendige und Mögliche gleichfalls tun werde. Man dürfe aber den Mut nicht verlieren!

Die Forderungen der Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften sprach der Vorsitzende des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, der dem Reichspräsidenten u. a. folgendes erklärte:

Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsklassen bleibt unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind, wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringern den Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern getriebenen Lohnsenkungspolitik sei eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Verhütung der deutschen Arbeitslosigkeit. Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Die Erhöhung des Verbrauchs bedingt eine kräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Lebenshaltung der breiten Masse gezogen werden müssen. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenze weit hinausgehen und abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden wöchentlich gesenkt werden.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruches auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns, die Aufmerksamkeit auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse das Schlichtungswesen einfließt, der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsschieden und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeiterbewegung kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf geschlechtlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angegriffen wird.

Letzte Nachrichten

Sie den europäischen Frieden

Rundgebungen französischer und deutscher Intellektueller

W.B. Berlin, 27. Febr. (Tel.) 199 deutsche Schriftsteller, Künstler und Gelehrte haben auf die französische Rundgebung für ein friedliches Europa durch eine deutsch-französische Verständigung eine Antwort erteilt, in der es u. a. heißt:

Wir haben mit tiefer Befriedigung vernommen, daß Sie ein neues friedliches Europa wollen und seine Bestiehung vor allem erstreben durch die Verständigung unserer beiden Länder. Wir glauben wie Sie, daß allein freie Verträge zwischen den Völkern Europas ihre gemeinsame Zukunft sichern können.

Mit ganz besonderer Freude nehmen wir die Erklärung der französischen Intellektuellen entgegen, daß sie die Aktion gegen die Kriegsführer in ihrem Lande begonnen haben. Wir werden den gleichen Kampf auch in unserem Lande aufnehmen. Dem deutschen Volke sind seelische und materielle Lasten aufgebürdet, die wir als untragbar ansehen. Wir sprechen dies nicht aus, um die Leiden der Völker gegeneinander zu erdrehen, sondern um die Grundlage zu einer wahren Verständigung zu beginnen.

Nach unserer Meinung muß die deutsch-französische Gemeinschaft das nächste Ziel sein, auf das wir unsere Anstrengungen zu richten haben. Wir laden die französischen Intellektuellen ein, mit uns offen und rüchhaltlos die Mittel zu beraten, durch die wir zum wirklichen Ausgleich und zum endgültigen Frieden kommen können. Bilden Sie mit uns ein Forum von wirklicher geistiger Fruchtbildung. Treten Sie mit uns zusammen, damit wir gemeinsam unserer Weise dienen können.

Diese Antwort der deutschen Intellektuellen auf das französische Manifest haben u. a. unterzeichnet: Martin Andersen Nexø, Viktor Barnowitsch, Prof. Georg Bernhard, Rudolf Binding, Prof. Alois Brandl, Theodor Däubler, Leon Feuchtwanger, Leonhard Frank, Bernhard Kellermann, Heinrich Mann, Thomas Mann, Walter von Molo, Schaffner, Wilhelm von Molo, Adele Schreiber, R. M., Karl Stern, Studen, Oskar Stern-Rubarth, Maxa Wiebig, Jakob Ostermann, Leo Weismantel, Theodor Wolff, von Jobeltitz, Karl Zuckmayer, Arnold Zweig.

Die Stettenverhandlungen

W.B. Rom, 27. Febr. (Tel.) Die englischen und italienischen Sachverständigen traten heute vormittag um 9.15 Uhr im Palazzo Chigi zu einer Besprechung zusammen. Um 10 Uhr hatte außerdem der italienische Außenminister Grandi mit Senatore eine Unterredung.

W.B. Rom, 27. Febr. (Tel.) In hiesigen englischen Kreisen soll das Gerücht im Umlauf sein, daß sich zwischen dem Stettenverhandlungen des Foreign Office, Grange, und den übrigen Mitgliedern der englischen Delegation gewisse Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten. Die Delegation soll festgestellt haben, daß Tagie bei der Berechnung der Ziffern der französischen Tonnage allzu entgegenkommend gewesen sei.

Die Auflegung von Auslandsanleihen in Amerika

W.B. Washington, 27. Febr. (Tel.) Der Senat nahm den Antrag des demokratischen Senators Glas (Virginia) an, daß das Staatsdepartement sich bei der Auflegung von Auslandsanleihen jeder Art von Stellungnahme zu enthalten habe.

Die Opfer der Stürme im Schwarzen Meer

W.B. Bukarest, 27. Febr. (Tel.) Im Schwarzen Meer herrschen seit einigen Tagen katastrophale Stürme, denen mehrere Dampfer und zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen. Der britische Landdampfer „Wielfield“ strandete in der Nähe der türkischen Gewässer. Der britische Dampfer „Trevian“, der die SOS-Rufe des gestrandeten „Wielfield“ auffing, versuchte, ihm zu Hilfe zu kommen, wurde aber während der Rettungsaktion selbst gegen eine Klippe geworfen. Beide Dampfer sind verloren. Vier Mann von der „Wielfield“ sind über Bord gespült worden und ertranken. Schließlich vermochte der norwegische Dampfer „Marna“ zu Hilfe zu kommen und den Rest der Besatzung zu retten. Desgleichen strandete der deutsche Dampfer „Ceres“, der sich mit einer Getreideladung auf der Fahrt von Rußland nach Konstantinopel befand. Mehrere Schiffe sind zu seiner Rettung ausgesandt. Trotz der Schwierigkeit der Rettungsarbeiten hält man die „Ceres“ nicht für verloren. Von verschiedenen Häfen des Schwarzen Meeres wird der Untergang einer großen Anzahl von Küstenfahrern und Seelern gemeldet.

Entreffen des deutschen Gesandten in Warschau. Der neuernannte deutsche Gesandte in Warschau, von Nolte, ist heute, Freitag, vormittag dort eingetroffen.

Die deutschen Arbeitnehmer haben seither stärksten Opfer gebracht. Sie müssen es aber als dem Gesamtwohl widersprechend ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der Wirtschaftskrisis belastet zu werden.

Wirtschaftliche Umschau

Öffentliche Bauten und Arbeitsmarkt — Die Löhne in der Rheinschiffahrt — Die Schweiz und die Kapitalflucht

Zimmer wieder ist auf die Bedeutung öffentlicher Arbeiten produktiven Charakters für das Wirtschaftsleben und den Arbeitsmarkt unseres Grenzlandes Baden hingewiesen und dabei u. a. die Fortführung der Elektrifizierung der Bahnen auf badischem Boden verlangt worden. Hier wird außerdem der Reichtum Badens an weiteren ausbaufähigen Wasserkraften unterstrichen, wodurch die Strombelieferung der Bahnen gesichert wird.

Ab Mai soll auf der süddeutschen Ostwestlinie die Strecke München—Augsburg in elektrischen Vollbetrieb genommen werden, nachdem die Züge Salzburg—München schon seit mehr als zwei Jahren elektrisch fahren. Zunächst ist die Fortführung der Elektrifizierung von Augsburg über Ulm bis Stuttgart gesichert (während über die Finanzierung der weiteren Arbeiten nach Baden zu bis Karlsruhe und Bruchsal noch verhandelt wird). Der Auftrag zur Elektrifizierung der Strecke Augsburg—Stuttgart wird von der Reichsbahnverwaltung an ein Konsortium der Elektroindustrie vergeben. Dieses Konsortium Siemens, A.G., Bergmann, Brown Boveri beschafft zur Finanzierung der Arbeiten einen 50-Millionen-Kredit, wobei das Reich die Bauzinsen solange übernehmen wird, bis sich die Rentabilität der elektrifizierten Strecke ergibt. Die Kreditverhandlungen mit der Schweizerischen Kreditanstalt, der Stockholmer Enskilbank und dem amerikanischen Bankhaus Warburg & Co., wobei auch deutsche Bankhäuser mitarbeiten, sind zur Zeit im Gange. Die Auszahlung soll in Raten erfolgen, die sich wohl dem Fortgang der Arbeiten anpassen werden. Diese Arbeiten können nun hoffentlich demnächst beginnen, und es heißt auch, daß sie bis 1932 vollendet sein sollen, so daß dann die elektrische Zugförderung von Stuttgart bis Salzburg durchgeführt wäre. Dringend zu wünschen ist, daß die Verhandlungen und Prüfungen zur Fortführung der Elektrifizierung auf badischem Boden auch bald positive Resultate zeitigen.

Die Rheinregulierung ist ja nun im Gange und wird in steigendem Maß Arbeitskräfte beschäftigen. Nicht so bedeutend für den badischen Arbeitsmarkt wird die Mainkanalisierung sein, die ja demnächst nun auch badisches Gebiet berührt, und den badischen Städten Freudenberg und Wertheim den Anschluß an die Großschiffahrt bringen wird. Gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, das Kapital für die neue Mainstaustufe Erlabrunn, die fünfte oberhalb Aschaffenburg, aufzubringen. Dies geschieht im Einvernehmen mit dem Reich und Bayern durch die Deutsche Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten A.G. in Berlin. Es handelt sich um 2 1/2 Millionen Reichsmark. Bis Würzburg, das 1937 erreicht werden soll, werden ab Aschaffenburg im ganzen 13, also noch 8 Stautufen notwendig sein.

Gewiß ist die Rentabilität der Kanalbauten heute untritten, wozu noch kommt, daß die unterhalb liegenden Häfen, was bei der Redarkanalisation insbesondere für die badischen Häfen Mannheim und Heidelberg gilt, Nachteile von der Verlegung des Umschlages nach oberhalb gelegenen Plätzen zu erwarten haben. Die Redarkanalisation soll bekanntlich zunächst bis Heilbronn durchgeführt werden, während die Erreichung Stuttgarts noch in der Ferne liegt. Hier sind in der letzten Zeit eine Reihe von Arbeiten (die Stautufen Rodenau und Girschhorn und der Redardurchstich in Heilbronn) an Tiefbauunternehmen und Maschinenbauunternehmen (u. a. werden Bitter, Mannheim, und Brown Boveri, Mannheim, beteiligt sein) vergeben worden. Dabei handelt es sich um Beträge von 25 Mill. Reichsmark.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne und der Arbeitsbedingungen in der Rheinschiffahrt sind wiederum ergebnislos verlaufen. Während die Reederei eine 10prozentige Lohnkürzung in Anbetracht der Konkurrenz der mit billigeren Selbstkosten auf dem Rhein fahrenden ausländischen Flaggen gefordert hatten, war feinerzeit auf Grund eines Schiedsspruches in freier Vereinbarung eine Lohnsenkung um 7 Proz. ausgemacht worden, die jedoch die Reederei nicht als ausreichend bezeichneten, weshalb dieses Abkommen zum 31. März erneuert gekündigt wurde. Die Folge der zu hohen Löhne ist bereits seit Jahren eine Abwanderung von Teilen der

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 23. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

deutschen Rheinschiffahrt in das Ausland, so daß jetzt der deutsche Einfluß auf die holländische Rheinschiffahrt auf zirka 40 Proz. der Tonnage, auf die schweizerische Rheinschiffahrt sogar auf 80 Proz. veranschlagt wird, während die Beteiligung deutschen Kapitals an französischen und belgischen Reedereien nur ganz gering ist. Die Neubauten wurden bisher von ausländischen, namentlich holländischen Tochterreedereien bestellt und zu niedrigeren Löhnen, Sozialabgaben und Steuern, auch größtenteils mit holländischem Personal in Dienst gestellt. Diese Erscheinung, gegen die es rechtlich keine Mittel gibt, ist natürlich im Interesse der deutschen Volkswirtschaft schon im Hinblick auf die Lohn- und Steuerausfälle außerordentlich zu bedauern. Die Reeder haben außerdem noch andere Möglichkeiten, wie durch Vermietung ihres Schiffsraumes an ausländische Reedereien die Lohnforderungen des Personals zu bekämpfen, so daß nicht einmal ein Wechsel der Flagge stattzufinden braucht. Von Arbeitgeberseite wird das als Politik der Selbsterhaltung bezeichnet, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß sich die deutschen Reedereien so z. B. die „ausländische Konkurrenz“ selbst schaffen, und sich dann eigentlich nicht mehr darüber beklagen können. Es wäre dringend zu wünschen, daß durch verständnisvollere Zusammenarbeit als bisher, auch mit den zuständigen staatlichen Stellen, für die deutsche Rheinschiffahrt ein Selbstkostenniveau geschaffen wird, das nicht nur neue Verluste an öffentlichen Einnahmen und Löhnen für die deutsche Volkswirtschaft verhindert, sondern allmählich auch wieder eine Reparierung des deutschen unter ausländischen Flaggen arbeitenden Kapitals anbahnt.

Wir wären in Deutschland mit unseren 5 Millionen Arbeitslosen froh, wenn wir die Sorgen der Schweiz hätten, mag sie auch gleichfalls unter der Weltwirtschaftskrise leiden. Die Schweiz kann ihr als kapitalreiches Land von vornherein viel besser begegnen als wir. Sie muß sich dabei allerdings auch den Kopf zerbrechen, wie sie die dadurch freierwerdenden Inlandskapitalien anlegt, was deshalb nicht so einfach ist, weil auch die schweizerischen Bankinstitute außerdem gewaltige Summen nicht nur aus Deutschland, sondern u. a. aus steuerlichen Gründen auch aus England geflüchteten Auslandskapitals zu verwalten haben. Am wenigsten Arbeit machen hier natürlich die Wertpapiere, denn das Couponabschneiden und die Beachtung der Termine, sind einfache banktechnische Aufgaben, die obendrein noch ganz schöne die deutsche Zahlungsbilanz natürlich noch weiter verschlechternde Einnahmen bringen. Auch bestehen hier bei plötzlichem Abruf keinerlei Gefahren und Schwierigkeiten für die Bankinstitute, während in den besonders gegründeten Schweizerischen Goldgesellschaften ja auch das Ausland entsprechenden Einfluß besitzt. Anders ist das mit den nach der Schweiz geflüchteten baren Depositionen, die zwar sehr niedrig verzinst werden, aber doch irgendwie angelegt werden müssen. Wir wissen, daß diese Gelder z. B. als hochverzinsliche Reichsgelder des Auslandes wieder nach Deutschland gehen, wobei die Differenz, aber auch das Risiko den Schweizern bleiben.

Dieser Tage hat der Leiter der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich, Dr. Vindischler, sich zu diesem Thema geäußert. Die Aufblähung der Depositionen, die Erhöhung des Geldumlaufs und die Senkung der ausländischen Devisenkurse, mache sich im Währungssystem der Schweiz natürlich bemerkbar. Die Schweizerischen Institute, die ihr Kreditgeschäft dadurch immer mehr ausdehnen müssen, seien sich der Gefahren bewußt, die darin liegen, daß der Zustrom unmöglich von Dauer sein und eines Tages ein kräftiger Abstrom einsetzen könne. Aus diesem Grund sei es auch nicht möglich, durch Erhöhung des Eigenkapitals ein entsprechendes und eigentlich normales Verhältnis zum Fremdkapital herstellen, denn man müsse auf die Unzuverlässigkeit des kurzfristigen Auslandskapitals Rücksicht nehmen. Im übrigen seien krisenhafte Zuspitzungen bei einer Zurückziehung der Gelder aber nicht zu befürchten, da die Schweizerischen Institute diese Möglichkeit ständig im Auge behielten und nicht nur der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken, sondern auch der Privatbanken außerordentlich groß sei, wozu noch die großen Schweizerischen Guthaben im Ausland, u. a. in Frankreich und Amerika kämen.

Natürlich handelt es sich hier vornehmlich um den Standpunkt eines schweizerischen Bankleiters, der übrigens, was nicht verwunderlich ist, bemüht ist, dauernde Fühlung mit deutschen Finanz- und Wirtschaftskreisen zu halten. Vom Standpunkt der rein volkswirtschaftlich orientierten schweizerischen Kreise werden aber weitere Bedenken gegen die Überschwemmung der Schweiz mit geflüchtigtem ausländischem Kapital geäußert, wobei auf das Ungefunde dieser Verhältnisse und die Gefahr von Rückschlägen hingewiesen wird. Es zeigt sich jetzt u. a. eine Strömung gegen die Ausländern zugebilligten Steuererleichterungen in einzelnen Kantonen wie in Glarus. Dort sollen nun erhebliche Steuernachzahlungen erhoben werden, ein Vorhaben, das deutscherseits eigentlich nur zu begrüßen wäre, weil es sich gegen die Kapitalflucht richtet.

Ein Bergmann wurde im unterirdischen Betriebe der Grube Maria bei Aachen dabei angetroffen, als er beim Befahren der Bohrlöcher versuchte, Sprengstoff auf die Gleise zu streuen. Der Mann wurde verhaftet. Wie es heißt, soll eine Schachtel mit Sprengstoff gefunden worden sein, die mehrere Tage in einem Restet gelegen habe.

Drei mit Pistolen bewaffnete Räuber drangen in New York in einen Schmuckgeschäft ein, in dem ein Dubend Damen in Beschauung waren, bemächtigten sich der Schmuckstücke der Damen sowie des Inhaltes der Kasse und flüchteten. Ihre Beute beläuft sich auf ungefähr 3000 Dollars.

Abchluss der Agerdebatte

Reichstagspause bis Montag

Die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft ist in der Donnerstagsitzung des Reichstags zu Ende geführt worden. Die Abstimmungen sollen aber erst am Dienstag erfolgen.

In der Aussprache am Donnerstag kam, wie schon gemeldet, von den Regierungsparteien noch der Führer der Staatspartei, Abg. Dr. Weber, zum Wort, der ausführte, seine Freunde wollten tatkräftig an der Rettung der Landwirtschaft mitarbeiten, aber die Bahnen der bisherigen Handelsvertragspolitik würden sie nicht verlassen. Sie seien auch Gegner der Maßnahmen zur Stützung der Getreidewirtschaft und sähen die Hilfe in der Umstellung zur Veredelungsproduktion.

Die Mehrheit, die sich am Donnerstag durch das Fehlen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Ausschuss für die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents ergeben hat, übte ihren Einfluß auch auf den Fortgang der Aussprache im Plenum. Der Landvolk Abgeordnete Schlange, der jahrelang der ausgesprochene Wortführer des Landbundes in beiden Parlamenten war, klagte die Deutschnationalen an, sie ließen durch ihr Fernbleiben vom Kampffeld des Reichstags die Landwirte im Stich. Auf diesen Ton waren auch die Reden aus den anderen landwirtschaftsfreundlichen Parteien gestimmt.

Reichsminister Dr. Schiele griff erneut in die Debatte ein. Dabei richtete er einen scharfen Appell an die Deutschnationalen, die durch ihr Ausschleiden aus der Regierung sich der Möglichkeit beraubt hätten, die gegen landwirtschaftliche Interessen verstoßenden Handelsverträge rechtzeitig anders zu gestalten. „Den Herren, die aus dem Sitzungssaal auf die Tribüne gestiegen sind“, sagte der Minister, „möchte ich zurufen: Laßt es jetzt gut sein, Senf, kommt herab, Macht und Kampf regiert die Stunde der deutschen Landwirtschaft.“ Der Minister wandte sich gegen den Ausschussbeschluss und meinte, in der jetzigen Zeit der deutschen Viehüberproduktion lasse sich die Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents nicht verantworten. Der Minister kündigte weiter durchgreifende Maßnahmen zur Verminderung der hohen Zinsspanne bei den Krediten an die Landwirtschaft an. Er stimmte auch den für eine bessere Regelung des Verbrauchs gegebenen Anregungen zu und erklärte, daß er einen Ernährungsausschuss im Ministerium einrichten werde.

Der Freitag und Samstag dieser Woche sollen sittingsfrei bleiben.

In der nächsten Sitzung, die Montag 3 Uhr stattfindet, steht der Haushalt des Reichsinnenministeriums auf der Tagesordnung.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich eine öffentliche Vollversammlung ab und beschäftigte sich mit einem Ergänzungshaushalt zum Reichsetat für 1931.

Die Mehreinnahmen von der Tabakbelastung sollen nicht 176, sondern 200 Millionen betragen. Diesem Mehr von 24 Millionen Reichsmark sollen aber schätzungsweise ebensoviel Ausgaben zur Unterhaltung der geschädigten Kreise gegenüberstehen. Im übrigen enthält der Ergänzungshaushalt eine Reihe kleinerer Änderungen, die sich gegenseitig ausgleichen, im Gesamtbetrag von etwas über 5 Millionen, u. a. für den Kupfererzbergbau der Mansfeld u. G. 3 520 000 M.

Zur Deckung der Mehrausgaben werden in Höhe von 5 Millionen die Polizeizuschüsse an die Länder gestrichen. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Zuschüsse bis zum Jahre 1934 zu zahlen. Der Reichsrat stimmte dem Ergänzungshaushalt mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen zu.

Von der Annahme der Novelle zum Prozeßgesetz durch den Reichstag nahm der Reichsrat Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Thüringen und Braunschweig enthielten sich jedoch der Stimme.

Dann genehmigte der Reichsrat eine Verordnung über die Ersparnisse in der Finanzverwaltung. Die Regierung hatte vorgeschlagen, Erhebungen über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden nur alle drei Jahre vorzunehmen. Der Reichsrat beschloß stattdessen alljährliche Erhebungen, doch soll aus Ersparnisgründen die Ausarbeitung des Materials nur in den dringendsten Fällen erfolgen. 100 000 M. Zuschüsse für die Länder zur Durchführung der Statistik auch in den Zwischenjahren wurden in den Ergänzungsetat eingestellt. Trotzdem enthielten sich die Länder Bayern und Baden der Stimme, weil die Kostenregelung sie nicht befriedigte.

Reichsregierung und Deutschnationale

Wie die „D.Z.“ berichtet, hat zwischen der deutschnationalen Reichstagsfraktion und der Reichsregierung eine Fühlungnahme über die Möglichkeiten einer Rückkehr der Fraktion in den Reichstag stattgefunden. Hierbei soll der Vorschlag gemacht worden sein, die Reichsregierung möge dafür sorgen, daß der Reichstag seine Beratungen für eine Woche unterbreche. Dieser Vorschlag soll aber auf beiden Seiten bisher wenig Gegenliebe gefunden haben.

Eugenberg hielt am Donnerstag in Hannover eine Rede, in der er u. a. erklärte, der Glaube an einen Mittelweg werde Brünings Verhängnis sein, falls er ihn wirklich haben sollte. Um mit der Sozialdemokratie regieren zu können, verlange man, daß die Rechte gehoriam zu Hilfe komme, wenn man selbst mit der Sozialdemokratie nicht mehr fertig werden könne. Wenn Brüning wolle, könne man innerhalb weniger Wochen eine Reichsregierung haben. Der Redner schloß: „Wir haben keine Sehnsucht nach Ministerstellen. Ein Vergnügen wird das nicht sein. Rettende Arbeit ist das, worauf es ankommt. Es wäre eine Verleumdung, wenn jemand dem Reichspräsidenten erzählt haben sollte, daß wir sie nicht leisten wollten.“

Kleine Chronik

Der praktische Arzt Dr. Friedrich Wolf in Stuttgart ist bisher noch nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da er die verlangte Kaution von 25 000 M nicht hinterlegt hat. Seine Verteidiger erklärten dazu, daß sie Haftprüfungsantrag beantragt haben, in dem sie nachweisen wollen, daß Dr. Wolf auch ohne Kautionstellung aus der Haft entlassen werden müßte, da nach seiner und seiner Verteidiger Ansicht ein strafbares Delikt nicht vorliege.

Heute, Freitagmorgen stieß auf dem Bahnhof Sildburghausen ein Güterzug auf einen fallenden Güterzug auf, wobei 23 Wagen entgleisten. Lokomotivführer und Heizer des auffahrenden Zuges wurden leicht verletzt. Der durchgehende Zugverkehr dürfte bis zum Abend wiederhergestellt sein.

Wegen der Ausschreitungen am kommunistischen „Weltkampfstag“ hatten sich am Donnerstag mehrere Personen in Berlin vor dem Schnellrichter zu verantworten. Der Erwerbslose Ratke erhielt sieben Wochen Gefängnis, der Erwerbslose Gansch wegen Widerstandes bei der Sitzung 6 Wochen Gefängnis.

Vom „Graf Zeppelin“

W.D. Friedrichshafen, 27. Febr. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist während der Wintermonate in der Luftschiffwerft gründlich überholt worden. Die Fahrleitung rechnet damit, daß das Luftschiff, bei dem übrigens keine Änderung vorgenommen wurde, in der zweiten Hälfte des Monats März wieder startbereit sein wird, so daß die ersten Weltflüchtfahrten voraussichtlich am 25. März begonnen werden können.

Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der u. a. der Vertrag mit Österreich über Sozialversicherung genehmigt wurde. Ministerialdirektor Grieger vom Reichsarbeitsministerium machte Ausführungen über die Bedeutung des Sozialversicherungsabkommens mit Österreich, das der erste Vertrag dieser Art sei.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag. Der Auswärtige Ausschuss des polnischen Sejms hat mit allen gegen acht Stimmen der Ratifizierung des Handelsvertrages zugestimmt.

Das Reichsdenkmal zu Osnabrück. Die Schmelzwage in Berlin, Unter den Linden, wird bekanntlich zur Zeit umgebaut, da hier das Reichsdenkmal nach dem Entwurf von Prof. Tessenow Platz finden soll. Die Bauarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß mit der Einweihung der Gedächtnisstätte für die Toten des Weltkrieges zu Osnabrück zu rechnen sein dürfte.

Die Gemahlin des ehemaligen Kaisers in Potsdam. Die Gemahlin des ehemaligen deutschen Kaisers, die sich zur Zeit in Deutschland aufhält, legte in Potsdam einen Kranz am Sarkophag der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria nieder.

Verammlungsverbot in Stuttgart. Der Stuttgarter Polizeipräsident hat wegen der Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten der letzten Tage mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 8. April d. J. Versammlungen und Umzüge jeder Art unter freiem Himmel verboten.

Oliver Baldwin tritt aus der Labour-Party aus. Oliver Baldwin, der Sohn des bekannten Führers der englischen Konservativen, erklärte seinen Austritt aus der Arbeiterpartei und kündigte an, daß er in Zukunft als Unabhängiger auftreten werde. Seinen Schritt begründete er mit der „vollständigen Energielosigkeit“ der Arbeiterregierung. Baldwins Austritt ist der dritte Austritt aus der Arbeiterpartei seit Beginn der sogenannten „Mosley-Revolution“.

Die Zeitung „New York World“ ist nach mehrtägigen Verhandlungen an das Zeitungshandelt Scripps-Howard für fünf Millionen verkauft worden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(26. Sitzung.)

D. Z. Karlsruhe, 26. Februar.

Eingegangen ist ein Gesuch des Verbandes badischer Gemeinden zum Gesetzentwurf über die Feldbereinigung.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst der Initiativantrag zum Finanzgesetz verabschiedet.

Darauf bedürfen Beschlüsse des Landtags, die eine Erhöhung der Ausgabenposten oder eine Verminderung der Einnahmeposten dringen, zu ihrer Rechtswirksamkeit gleichzeitig der Regelung der Deckungsfrage für die entstehenden Ausfälle.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.), als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Berichterstatter, empfiehlt die Annahme des Initiativantrages. Es sollen alle Erhöhungen des unter äußerster Sparfamkeit bewirkten Staatsausgleichs vermieden werden.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) wünscht, daß derartige Sicherungen zu gegebener Zeit noch stärker verankert werden. Er freut sich, daß man der Anregung der Volkspartei, wenn auch etwas spät, gefolgt sei.

Abg. Reichleiter (Komm.) lehnt das Initiativgesetz ab, das sich nur gegen unangenehme Oppositionsanträge richte.

Finanzminister Dr. Schmitt

kündigt an, daß er nach Osnabrück eine Haushaltsordnung vorlegen werde.

Der Antrag wird sodann in beiden Lesungen mit allen gegen 12 Stimmen (Nationalsozialisten, Deutschnationale, Kommunisten sowie die Abgeordneten Hermann und Hagin von der Wirtschafts- und Bauernpartei) angenommen.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) über den nationalsozialistischen Antrag, betr.

Heraufsetzung der Stimmzahl für ein Mandat bei den badischen Landtagswahlen

Der Antrag will, daß die Stimmzahl von 10 000 auf 20 000 erhöht und in einem diesbezüglichen Gesetzentwurf die sofortige Auflösung des Landtags vorgesehen wird.

Der Rechtsplegeausschuss beantragt, dem obengenannten Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Abg. Köhler (NatSoz.) begründet den Antrag seiner Fraktion.

Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) erklärt sich mit der Tendenz einverstanden. Schon im Jahre 1924 sei das Zentrum für eine Herabsetzung und Fixierung der Mandatszahl eingetreten. Der Landtag könne, so fährt der Redner fort, sich selbst nicht auflösen. Es bedürfe dazu der Volksabstimmung, deren Kosten 2—300 000 Reichsmark betragen würden. An der Verfassung vermöge der Landtag auch formell und redaktionell nicht das Geringste zu ändern.

Abg. Reinbold (Soz.) sieht einer Erhöhung der Stimmzahl nicht unsympathisch gegenüber, berweist aber auf den langwierigen Weg der Verfassungsänderung. Der Widerstand gegen eine Verringerung der Mandatszahl finde sich im übrigen nicht bei den großen Parteien, die immer im Landtag vertreten sein würden, sondern bei denen, die nur wenige Abgeordnete entsenden.

Abg. Gilbert (Bauernp.) ist für eine Fixierung der Zahl der Abgeordneten auf 60 bis 70. Bei einer allzu starken Reduzierung der Mandatsziffer wäre allerdings das flache Land der Leidtragende. Wir hätten gewünscht, daß der erste Antrag des Berichterstatters, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen, Annahme gefunden hätte. Wir werden Stimmhaltung üben.

Abg. Reichleiter (Komm.) lehnt den Antrag ab.

Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) ist der Auffassung, daß die Tage des Landtags gezählt seien. Die Erzbergerische Finanzreform habe den Ländern das Müßiggang genommen. Daß man die Auflösung des Landtags an die Vornahme einer Volksabstimmung knüpfte, sei ein Fehler gewesen, über den man jetzt nicht hinwegkomme.

Staatspräsident und Innenminister Wittenmann

würde an sich eine Herausforderung der Wahlziffer von 10 000 auf 20 000 begründen. Er muß hinsichtlich der Landtagsauf-
lösung gleichfalls auf die unabänderlichen Bestimmungen der
Verfassung verweisen.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) ist dafür, daß zuerst einmal die
reichsgegliederten Schwierigkeiten beseitigt werden, wie sie zum
Beispiel der Herausforderung des Wahlalters entgegenstehen. Auf
diesem Wege würde die Abgeordnetenzahl sicher erheblich ver-
ringert werden. Das Proporzsystem gehörte überhaupt geän-
dert, da es am meisten zur politischen Zersplitterung beige-
tragen habe.

Nach dem Schlußwort des Abg. Köhler wird der national-
sozialistische Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf der Tagesordnung stehen sodann die Anträge der Abg.
Lehleiter (Komm.) und Dr. Wolfhard (Staatsp.), sowie die Ge-
suche des Ortsvereins Mannheim des Deutschen Beamten-
bundes, der Arbeitsgemeinschaft badischer Stadtlehrer, Orts-
gruppe Mannheim sowie des Badischen Beamtenbundes, des
Badischen Lehrervereins, des Landesverbandes Baden des
Reichsbundes der höheren Beamten und des Verbandes der
Polizeibeamten Badens. Sie alle wenden sich gegen den

Abbau der örtlichen Sonderzuschläge für die badischen Landesbeamten in Mannheim

Im Ausschuss hat der Finanzminister darauf hingewiesen,
daß auch das Reich die Sonderzuschläge beseitigen wolle. Folgte
man den vorgetragenen Wünschen, so würde das für die ba-
dische Staatskasse einen Ausfall von rund einer halben Million
bedeuten.

Der Ausschuss beantragt, den obengenannten Anträgen die
Zustimmung zu versagen und über die erwähnten Gesuche zur
Tagesordnung überzugehen.

Weitere Anträge der Kommunisten protestieren gegen
die Gehaltskürzung

für die unteren und mittleren Beamtengruppen, stellen eine
Reihe gehaltspolitischer Forderungen auf und wünschen ein
Dienst- und Besoldungsrecht auch für die badischen Staats-
angestellten.

Der Haushaltsausschuss beantragt die Ablehnung.
Gesuche des Reichsverbandes der Büroangestellten und des
Verbandes badischer Beamten, betr. die Kürzung der Ange-
stelltengehälter, sollen der Regierung zur Kenntnisnahme, Ge-
suche des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Jen-
taalverbandes der Angestellten der Regierung in dem Sinne
empfehlend überwiesen werden, sie möge prüfen, ob im Be-
reich des Justizministeriums im Vergleich zu anderen Mini-
sterien richtig eingestuft ist, und ob sich ein besserer Aufstieg
der Angestellten nach der Gruppe V nicht ermöglichen lasse.

Verichterstatter über die gesamte Materie ist der Zentrum-
abgeordnete Seubert. Nach seinem fast einstündigen Vortrag
folgt der Bericht des Abg. Feib (Soz.) über den kommunisti-
schen Antrag auf Ausdehnung der Bestimmungen des Be-
zirksstrafgesetzbuches auf die Angestellten des badischen Staates.

Der Ausschuss beantragt, den obigen Antrag durch die Re-
gierungserklärung als erledigt zu erklären und ihn abzu-
lehnen, soweit er Schritte verlangt, daß die Angestellten der
Rechtsbehörden die Verechtigung zur Wahl von Betriebsräten
erhalten.

Die Aussprache
eröffnet Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.). Er begründet folgenden
Antrag seiner Fraktion:

„Der Landtag wolle beschließen, die Verordnung des Staats-
ministeriums vom 15. Januar 1931 dahin abzuändern: Den
Mannheimer Landesbeamten und -angestellten werden, so-
lange die Mannheimer Reichs- und Gemeindebeamten sowie
-angestellten örtliche Sonderzuschläge erhalten, mit Wirkung
vom 1. Februar 1931 an die durch den Wegfall der örtlichen
Sonderzuschläge erfolgten Gehaltskürzungen auf die am
1. Februar 1931 wirksam werdenden neuen Besoldungskürzungen
angerechnet.“

Der Redner weist in längeren Darlegungen auf die
eigenartig gelagerten Verhältnisse in Mannheim und auf die
Tatsache, daß in einer Reihe von pfälzischen Städten noch
heute der fünfprozentige Zuschlag bezahlt wird. Die Erre-
gung in der Mannheimer Beamtenschaft über die fortgesetzten
Gehaltsabzüge sei begründet. Es sei keine deutsche Stadt von
der Größe und Bedeutung Mannheims nachzuweisen, wo die
Landesbeamten in gleich einseitiger Weise behandelt würden.
Die größte Stadt des Landes sollte auch in bezug auf die
Beamtenschaft berücksichtigt werden. Man könne es bei allem
Verständnis für die Schwierigkeiten der Staatsfinanzen auf
die Dauer nicht ertragen, daß die Landesbeamten schlechter
gestellt würden als die Reichsbeamten. Hier eine Wandlung
eintreten zu lassen, entspreche dem Gebot der Gerechtigkeit
und Billigkeit.

Auf Vorschlag des Präsidenten erklärt sich die Mehrheit mit
einer Kontingentierung der Redezeit einverstanden.

Um 7 Uhr abends wird die Beratung abgebrochen.
Freitag vorm. 9 Uhr Fortsetzung.

27. Sitzung.

DJ. Karlsruhe, 27. Febr.

Gingegangen ist eine erneute förmliche Anfrage der Natio-
nalsozialisten zum Fall Gumbel. Sie bezieht sich auf die Rede
des Ministers Dr. Memmel bei den Auseinandersetzungen im
Januar.

Die Wichtigkeit seiner Darstellung wird von den Interpellanten
in verschiedenen Punkten bestritten.

Die Sonderzuschläge für die Mannheimer Landesbeamten.

Abg. Lehleiter (Komm.) bezeichnet den Abbau der Sonderzu-
schläge angesichts der teuren Lebensverhältnisse in Mannheim als
eine Ungerechtigkeit gegenüber den unteren Beamten. Er begrün-
det in längeren Ausführungen die kommunistischen Forderungen
zur Gehaltspolitik. Für die Staatsangestellten soll die 6prozentige
Gehaltskürzung aufgehoben werden.

Finanzminister Dr. Schmitt

Finanzminister Dr. Schmitt bedauert, daß über die Beamten
in kurzer Zeit so viel heringebracht und man gezwungen sei,
ihnen auch die örtlichen Sonderzuschläge zu entziehen. Reichsfinanz-
minister und Reichsrat teilen die Auffassung, daß diese Zuschläge
aus besoldungs- und finanzpolitischen Gründen abzubauen seien.
Das Reich hat allerdings den Ablauf um ein Jahr hinausgeschob-
en. Im Reichshaushalt, der vom Reichstag noch nicht verabsch-
iedet ist, sind für die Sonderzuschläge 15 Millionen einge-
gesetzt. Wenn nun eine einflussreiche Partei den Antrag gestellt hat, noch
weitere 3-400 Millionen einzuparen, so weiß man nicht, ob
man an obiger Summe vorbeigehen kann.

Der Bedeutung Mannheims haben wir Rechnung getragen, als
wir den Sitz der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Bergbau-
AG von 4 Millionen von Köln nach Mannheim brachten.

Dagegen fällt die aus sachlichen Gründen erfolgte Ver-
legung des Domänenamts nach Heidelberg kaum ins Gewicht.
Wir lassen uns bei all unseren Maßnahmen nur von sach-
lichen Gesichtspunkten leiten. Im Vordergrund steht das Ge-
samtinteresse des Landes, dem sich die einzelnen Teile und
auch große Städte ein- und unterordnen müssen.

Neue Ausgabe ohne Deckung!

Man muß den Willen haben, diesen Grundsatz auszuführen, zu-
mal wir ein Defizit von 35 Millionen haben und die Einnahmen
ständig zurückgehen. Das wäre eine schlechte Finanzwirtschaft,
wenn wir jetzt eine neue Ausgabe von 1/2 Million beschließen wür-
den.

Der Minister schließt: Das Kernproblem ist jetzt nicht das Be-
amtenproblem, sondern die Arbeitslosigkeit. Gätten wir wirklich
eine halbe Million zur Verfügung, so müßten wir sie ausgeben
für die Arbeitslosen.

Abg. Klausmann (Komm.) begründet den Antrag auf Ausdeh-
nung des Betriebsrätegesetzes auf die Staatsangestellten.

Abg. Feib (Soz.) verliest eine den Ausschussbeschlüssen zustim-
mende Erklärung. Damit ist die Aussprache beendet.

Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) setzt sich im Schlußwort mit dem
Finanzminister auseinander. Mannheim habe Anspruch auf Be-
rückichtigung. Man dürfe nicht vergessen, daß hier die wirtschaft-
liche Not mit am stärksten zu spüren sei. Man vergleiche nur die
unvergleichlich hohe Arbeitslosenziffer.

Es folgt

die Abstimmung

Die Anträge auf Gewährung der örtlichen Sonderzulagen wer-
den mit allen gegen 14 Stimmen abgelehnt. Es fallen auch die
kommunistischen Anträge, während die Gesuche im vorgeschla-
gen Sinne Erledigung finden.

Abg. Honikel (Ztr.) berichtet darauf über den Antrag
Dr. Schmitts.

unerlaubte Beschäftigung staatlicher Beamten mit Privat- bauaufträgen

Der Haushaltsausschuss empfiehlt, obigen Antrag als durch die
gesetzlichen Bestimmungen und die Stellungnahme des Finanz-
ministers vom 24. Januar 1931 für erledigt zu erklären.

Abg. Frau Richter (Dnk.) verliest eine Erklärung, die sich ge-
gen den „Parteistaat“ und die den Beamten daraus drohenden
Gefahren wendet.

Ohne weitere Aussprache beschließt das Haus die Zustimmung
zum Ausschussantrag.

Nach Erledigung einer Reihe von Gesuchen persönlicher Natur
im Sinne der Ausschussbeschlüsse verläßt sich das Plenum auf un-
bestimmte Zeit. Schluß 12 Uhr.

Sabotageplanbesprechungen mit der Reichsbahn

In Karlsruhe fanden unter dem Vorsitz von Reichsbahnoberrat
Finagab mit den Vertretern der oberbadischen Han-
delskammern und der Verkehrsverbände über den Jahresfahr-
plan 1931/32 statt.

Wenn auch im Hinblick auf den starken Verkehrsrückgang, den
die Wirtschaftskrise gebracht hat, sich die Reichsbahn nicht in der
Lage sieht, die vielen Wünsche nach Vereinfachungen zu befriedi-
gen, so konnten die äußerst dankenswerten Bemühungen der
Reichsbahndirektion Karlsruhe noch sehr wesentliche Verbesserungen
des Fahrplanes, namentlich für den Fernverkehr erreichen. Die
Schnellzüge D 85/86 erhalten in Karlsruhe unmittelbaren An-
schluß an die Linie Paris-Strag und vermitteln dadurch eine
günstige Verbindung nach und von Stuttgart und Nürnberg. Nach
diesen Verkehrsgebieten wird eine weitere günstige Fahrgelegen-
heit durch Angleichung der Fahrzeiten des D 307 und des D 33
geschaffen. Wichtiger noch für die Reisenden aus dem Oberland
ist die mit D 269, D 159 und D 113 hergestellte Verbindung nach
Stuttgart und Nürnberg, die im Sommerverkehr zur Durchfüh-
rung gelangt. Sehr willkommen sind sodann die vorgesehenen
Verbesserungen der Verbindungen nach der Schweiz sowie die
sehr wesentliche Verkürzung der Fahrzeiten nach und von Golland
mit D 307/308, von Berlin und Hamburg mit D 86 sowie von
Breslau und Dresden mit D 2. Das badische Oberland wird es
dankbar begrüßen, daß die langjährige ganzzahlige Führung der
Nachmittagszüge E 73/74 Basel-Lindau-Basel nunmehr
Birklichkeit wird.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Fräulein Margarete Meis-
ter in Eberbach, das unter eigener Lebensgefahr einen jungen
Mann vom Tod des Ertrinkens gerettet hat, die badische
Rettungsmedaille verliehen.

Die Staufuse Neckarsteinach

Die Arbeiten an der Staufuse Neckarsteinach sind so weit
gediehen, daß am kommenden Sonntag ein Probefahrt vorge-
nommen werden soll. Ergeben sich dabei keine Beanstandun-
gen, so bleibt der Stau und die Schiffe nehmen von da an
ihren Weg durch die Schleufe.

Der Ausbau des Rheins Basel-Schaffhausen

hat in Schaffhausen die technische Unterkommission der badisch-
schweizerischen Kommission beschäftigt. Diese prüfte auch das Bo-
schardtische Konzeptionsprojekt für ein neues Rheintraffortwerk Schaf-
fhausen. Der Gesamtantrag wurde zugestimmt.

Der neuernannte Heidelberger Stadt-Oberbürgermeister

Hof-
sieg steht im 57. Lebensjahre und stammt aus Spöck b. Karls-
ruhe. Er trat 1893 in den badischen Schuldienst ein, war zuerst
in Konstanz und Freiburg und ab 1903 als Hauptlehrer an der
Heidelberger Volkshochschule tätig. Im kommunalen Leben, wie im
politischen, als Mitglied der Staatspartei, steht Hofseing mit an
erster Stelle. Dem Heidelberger Bürgerausschuss gehört er seit
1912, dem Stadtrat seit 1919 und dem Badischen Landtag seit der
Umwählung an. Seit 1920 ist Hofseing Obmann des Badischen
Lehrervereins.

Der Bürgerausschuss in Waldbrunn hat einstimmig den Vertrag
betr. das künftige Realgymnasium Baden-Waldbrunn genehmigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Birtle-Prozess in Freiburg

Wohin die Millionen des Kaufmanns Lieber kamen
Freiburg, 27. Febr. Die Verhandlung des dritten Tags im
Birtle-Prozess umfaßte, wie schon gemeldet, die mit Spannung
erwartete Vernehmung des Hauptzeugen, des Kaufmanns Lieber
aus Lugano, der bekanntlich rund 2 Millionen Schweizer Franken
bei dem Zusammenbruch der Birtle-Bank verloren hat. Aus seiner
Vernehmung ist noch nachzutragen:

Als Lieber zu Beginn des Jahres 1929 von Basel die Mitteil-
ung erhielt, daß in der Birtle-Bank etwas im Gange sei, kün-
digte er seine Einlagen und berief in der Person des Rekruten
Gahn einen Vertrauensmann bei der Birtle-Bank. Dieser gab
ihm bald darauf eine Bilanz auf 31. Dez. 1928, aus der sich eine
Verfälschung von 1,4 Millionen Reichsmark ergab, die entlassen
sei durch die persönlichen Geldentnahmen der beiden Bankinhaber.
Diese hätten am nächsten Tagen 10-20 000 RM aus der Kasse
genommen, Summen also, die man in Freiburg unmöglich in
kurzer Zeit verbrauchen konnte. Es wurde dann zwischen Lieber
und der Birtle-Bank ein Vertrag abgeschlossen, der eine Sanie-

ring des Unternehmens vorzab. Lieber ließ zu diesem Zweck eine
Summe von 500 000 RM, die als stille Reserve in die Bilanz ein-
getragen wurde, damit die Reichsbank bei Diskontierung von Wech-
seln keine Schwierigkeiten mache. Die Berichte über die Birtle-
Bank wurden aber immer ungünstiger und als die nächsten An-
gehörigen des Birtle sich weigerten, sich an einer Stützungsaktion
zu beteiligen, verlangte Lieber endgültig die Erfüllung seiner
Forderung auf Zurückzahlung seines Kapitals. Damit war das
Schicksal der Birtle-Bank endgültig besiegelt, die im November
1929 ihre Schalter schloß.

Es stellte sich dann heraus, daß die Lieber als Sicherheit über-
gebenen Grundschuldbriefe in Basel sämtlich verpfändet waren.
Birtle bezeichnete Lieber als einen großen Spekulanten, was die-
ser aber energisch zurückwies; er habe in seinem ganzen Leben
nicht spekuliert. Früher war Lieber in Straßburg ansässig, wo er
ausgewiesen wurde. Einen großen Teil seines Vermögens erwarb
er sich durch Militärlieferungen während des Krieges.

DJ. Mannheim, 27. Febr. Im Laufe des Donnerstag nach-
mittags durchzog eine 9 Mann starke Polizeipatrouille zu Pferd
die Straßen der Stadt, um etwaigen Störungsversuchen von
Ruhestunden und Ordnung zu begegnen. Wie bis in die späten
Abendstunden bekannt wurde, wurde das Eingreifen der beriti-
enen Polizisten nirgends erforderlich. Die Behörden versu-
chen, Unruhen, wie sie sich am Mittwochnachmittag und am
Abend auf den Straßen abspielten, unter allen Umständen zu
vermeiden.

Id. Heidelberg, 26. Febr. Im Prozeß Schulten wurde am
Donnerstag nachmittag 4 Uhr das Urteil gefällt. Das Schwur-
gericht verurteilte Frau Schulten wegen fahrlässigen Falsch-
gebens gegen die Konturordnung zu insgesamt 1 Jahr
5 Monaten Gefängnis. 8 Monate Untersuchungshaft werden an-
gerechnet. Der Angeklagte Eisenbeis wurde wegen Beihilfe zum
Bankrott und Beihilfe zur Unterschlagung zu 6 Monaten 1 Woche
Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt
gelten. Die Ehefrau Eisenbeis wurde gleichfalls wegen Beihilfe
zum Bankrott und wegen Vereitelung der Vollstreckung zu 1 Mo-
nat Gefängnis verurteilt. Die Haftbefehle gegen Frau Schulten
und Eisenbeis wurden aufgehoben.

DJ. Heidelberg, 27. Febr. Vor dem Schnellrichter wurden
7 Angeklagte der kommunistischen Partei verurteilt, die bei dem
„Hungermarsch“ am Montag festgenommen wurden. Die An-
klagen beruhen auf Aufruhr, Beleidigung und Widerstand.
Drei der Angeklagten wurden zu je 3 Wochen Gefängnis we-
gen Aufruhrs und Widerstands, drei Angeklagte zu je 12
Tagen Gefängnis wegen Aufruhrs und ein Angeklagter we-
gen Beleidigung eines Schutzmanns zu 30 Reichsmark Gelb-
strafe bzw. 6 Tage Gefängnis verurteilt. Der Hauptangeklagte
wollte auf einen Zeugen losgehen und wurde sofort wegen
ungebührlichen Verhaltens vor Gericht mit 2 Tagen Haft be-
straft und abgeführt.

DJ. Offenburg, 26. Febr. Das Schwurgericht hat den bereits
mehrfach vorbestraften 58jährigen praktischen Arzt Dr. Leo Garter
wegen Abtreibung mit Todesfolge zu zwei Jahren Zuchthaus und
fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Id. Niederhoyheim b. Offenburg, 26. Febr. Der hundertste
Geburtstag des ältesten deutschen Infanteristen, des Landwirts
Philipp Roth wurde hier von der ganzen Gemeinde begangen.
Am Abend vor dem Geburtstag brachte der Militärverein den
Hochbetagten ein Ständchen; am Festtag selbst war Landgottes-
dienst. Der Erzbischof hatte ein Glückwunschschreiben und ein
praktisches Geschenk geschickt. Weiter wurden bei der anschließenden
Gemeindeversammlung Glückwunschschreiben des badischen
Staatspräsidenten, des Kriegerehrbundes, des kath. Stiftungsrates
und der Gemeinde verlesen, die ebenfalls Geschenke überreichen ließen.
Beim Festessen wurde ein Briefteleogramm des früheren Kaisers
verlesen, außerdem trafen viele Glückwunschtelegramme, z. B. aus
Norddeutschland ein.

DJ. Freiburg i. Br., 26. Febr. Der Allgemeine Studentenaus-
schuß Freiburg hielt gestern eine Protestversammlung ab, die von
etwa 400 bis 500 Studenten besucht war. In ihr wurde nach einem
Referat eines Heidelberger Studenten die gleiche Entschlie-
gung angenommen wie in Karlsruhe.

SW. Freiburg i. Br., 26. Febr. An der von Kapitän Wil-
kins und dem Amerikaner Ellsworth in Aussicht genommenen
transantarktischen Unterseeboot-Expedition wird der in Freiburg
i. Br. ansässige Dr. Bernhard Willinger teilnehmen, der erst vor
kurzem für den wissenschaftlichen Stab der Expedition gewonnen
wurde. Dr. Willinger leitete schon als 24jähriger die Schlitzen-
expedition zur Rettung der im Eismeer verunglückten Schöder-
Stranz-Expedition. 1926 leitete er mit Helmer Hanssen eine Ex-
pedition nach Spitzbergen und Grönland, auf der unter seiner
Regie der bekannte Polarfilm „Milat, der Grönlandjäger“ aufge-
nommen wurde. Dreimal sicherte er sich die Schmeißerstaffel für
den Schwarzwald und gewann auch den Titel „Deutscher Wäde-
meister“. Bekannt ist sein Name auch geworden als
Alpinist und Mitarbeiter der wunderbaren Skifilme (Wunder des
Schneebergs usw.). Die eigentliche Fahrt soll beinahe Anfang
Juli von Spitzbergen aus angetreten werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Februar		26. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	169.92	168.61	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.41	112.63	112.44	112.66
Italien . . . 100 L.	22.01	22.05	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.417	20.457	20.42	20.46
New York 1 D.	4.2030	4.2110	4.2040	4.2120
Paris . . . 100 Fr.	16.468	16.508	16.469	16.509
Schweiz . . . 100 Fr.	80.91	81.07	80.90	81.14
Wien 100 Schilling	59.06	59.18	59.075	59.195
Frankfurt . . . 100 M.	12.451	12.471	12.451	12.471

Von den Börsen

Das Börsengeschäft der Berichtswache stand (nach dem Stande
vom 26. Febr.) im Zeichen der Vorbereitungen für den Liquidations-
tag. Die Dispositionen scheinen völlig abgehandelt zu sein, die Stu-
fische brachte zur Lösung ihrer Kaufverpflichtungen Material an den
Markt, so daß sich kleine Abschwächungen ergaben, die zunächst
bei bemerkenswerter widerstandsfähiger Haltung durch Erholungen
wieder aufgeholt wurden, so daß am Dienstag teilweise neue
Hochstürze für 1931 zu verzeichnen waren. Die beiden letzten
Berichtstage brachten allerdings Abschwächungen, so daß teilweise
das Niveau der Vorwoche nicht gehalten werden konnte. Hierbei
waren ausschlaggebend neue Bankinfolenzen, insbesondere die der
Firma Carst & Co., Berlin. Bankwerte, insbesondere Danat-
bank (184,5; 185; 184) konnten sich knapp behaupten. Dagegen
konnten Reichsbankanteile (246,5; 254,5; 251) auf angebliche
Amerikaläufe kräftig aufholen. Am Schiffahrtsmarkt trat nach
der Erholung am letzten Donnerstag eine leichte Abschwächung
ein. Am Elektromarkt lagen AEG um 1-2 Punkte schwächer,
während Siemens & Halske unter Schwankungen (170,5; 182,5;
179,5) Kurssteigerungen erfuhr. Deutsche Vinol, die letzte
Woche mit 105% abgeschlossen, waren abgeschwächt (103; 97%;
99%), weit angeblich die Unterbringung eines Großaktionärs-pale-

tes erneut Schwierigkeiten bereitet. Am Kalmarkt trat allmählich eine Beruhigung ein. Die Kurse liegen allgemein unter dem Niveau der Vorwoche. Berger Tiefbau erreichten mit 241 (in der Vorwoche 235%) einen neuen Jahreshöchstkurs. Der Rentenmarkt hatte kleines Geschäft und Nachfrage nach Auslandswerten.

Mehlpreiserhöhung. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat — wie aus Mannheim gemeldet wird — den Preis für Weizenmehl Spezial 0 um weitere 25 Pf. auf 44 RM. pro 100 Kilogramm erhöht.

Aus der Landeshauptstadt

Sein 80. Lebensjahr vollendete am Donnerstag Generalleutnant a. D. Eduard Fritsch, in Karlsruhe, seiner Geburtsstadt, hatte er seine militärische Ausbildung erfahren und er war zuerst Selondeleutnant im damaligen Gr. Bad. Leibgrenadierreg., in dem schon sein Vater 1812 in Russland mitgekämpft hatte. In diesem Regiment machte er auch dann den Feldzug 1870 mit, in dessen Verlauf er schwer verwundet wurde. In seiner späteren militärischen Laufbahn war er in verschiedenen norddeutschen Regimentern, ferner Major im 7. Bad. Inf.-Regt. 142. Im Jahre 1914 wurde er auf sein Ansuchen wieder verwendet, war Kommandeur der 14. Landwehrinfanteriebrigade und machte u. a. die Kämpfe bei Verdun und in Gallien mit. 1918 wurde er mit dem Charakter als Generalleutnant verabschiedet und lebt seitdem in Karlsruhe.

Der Winterportfondszug verkehrt auch am Samstag, dem 28. Februar Mannheim ab 14.30 über Schwetzingen. — Heidelberg ab 14.33, Karlsruhe ab 16.00, Offenburg an 17.25, im Anschluß nach Freiburg und der Schwarzwaldbahn.

Festnahme renitenter Kommunisten. Gestern wurden drei junge Kommunisten aus Dagobrand, die an dem Widerstand gegen die beiden Polizeibeamten in der Kriegsstraße am Mittwochabend beteiligt waren, verhaftet. Die Täter wurden ins Gefängnis eingeliefert, von wo sie dem Schnellkister vorgeführt werden.

Badisches Landestheater. Nachdem im Schauspiel neben den Klassikern „Wilhelm Tell“ und „Emilia Galotti“ ein leichteres Lustspiel „Sturm im Wasserglas“ einstudiert worden war, sollte jetzt wieder an ein großes Stück herangegangen werden. Es war zunächst Shakespeares „Julius Cäsar“ in Aussicht genommen worden. Nach dem großen Erfolg des neuen Werfel-Dramas „Das Reich Gottes in Böhmen“, entschloß sich jedoch die Theaterleitung, dieses Stück vorzunehmen und hatte die Aufführung bereits für den 14. März an Stelle von „Julius Cäsar“ geplant. Eine bedauerliche Erkrankung im Personal zwingt nun leider dazu, den Termin für diese

Erstaufführung des sehr schweren Stücks um einige Wochen hinauszuschieben und die Zwischenzeit mit einem neuen Lustspiel auszufüllen, neben dem gleichzeitig ein neuer musikalischer Schwank für das Konzerthaus einstudiert wird. Es gelangt im Landestheater das Lustspiel „Sylvia läuft sich einen Mann“ von Alexander Engel zur Aufführung, im Konzerthaus der Schwank mit Musik „Meine Frau, das Feuilleton“ von Berlett, Musik von Hermann Weitten.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen: Bei zeitweiser stürmischer Luftzufuhr aus Westen ist in mittleren Lagen bis etwa 1000 Meter hinauf vorübergehend Tauwetter mit Regen eingetreten. Da aber von Nordwesten jetzt etwas kühlere Luftmassen heranzühen, werden die Temperaturen im Gebirge größtenteils wieder unter Null sinken. Im übrigen steht unbeständiges Wetter mit weiteren Niederschlägen bevor. — **Vorausgabe:** Unbeständig, zeitweise Niederschläge (im Gebirge Neuschnee), leichter Temperaturrückgang, schwache westliche Winde. **Wasserstände:** Waldshut 209 plus 1, Wajel plus 25 plus 33, Schusterinsel 89 plus 23, Rehl 213 plus 6, Maxau 383 plus 6, Mannheim 267 minus 3, Caub über 200 Zentimeter.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Im Jahre 1930 betrug der Aufwand der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach dem vorläufigen Rechnungsabluß:

1. Unfallentschädigungen	4 396 268 RM
2. Kosten der Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigungen	250 832 RM
3. Kosten des Rechtsganges	40 050 RM
4. Unfallverhütungskosten	12 278 RM
5. Persönliche und sachliche Verwaltungskosten	282 714 RM
6. Gehgehühren	236 400 RM
7. Einlage in die gesetzliche Rücklage	20 000 RM
8. Ausfälle — uneinziehbare Beiträge	120 000 RM
9. Abfindungen für Unfallrenten zum Erwerb von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung von Grundbesitz — Zweite Verordnung vom 10. Februar 1928 (RGBl. I S. 22)	50 000 RM

Außer diesen Aufwendungen im Gesamtbetrag von 5 408 042 RM

Übertrag 5 408 042 RM
müssen den durch Umlage aufzubringenden Beträgen zugeföhrt werden:

10. Zur Verstärkung des Betriebsfonds, und zwar:		
a) zur Ansammlung eines Fonds zur teilweisen Bestreitung der an die Zentralpostbehörden abzuföhrenden Postvorschüsse — sogenanntes Postbetriebsfonds	500 000 RM	
b) zum Betriebsfonds für laufende Verwaltung	50 000 RM	550 000 RM
In diesem Aufwand von		5 958 042 RM

sind gedeckt durch Einnahmen: Zinsen aus Beständen des Betriebsfonds, aus Strafgebühren, Einnahmen aus Entschädigungserklärungsprüfungen und sonstige Einnahmen 39 579 RM

Es sind daher für das Jahr 1930 insgesamt 5 918 463 RM von den Genossenschaftsmitgliedern durch Umlage zu erheben. Die Gesamtzahl der für das Gebiet der Genossenschaft abgeschätzten Arbeitstage beziffert sich bei 270 840 umlagepflichtigen Betrieben auf 60 205 000 und die Gesamtsumme der hieraus berechneten Arbeitswerte auf rund 166 800 000 RM.

Demgemäß ist vom Vorstand der Berufsgenossenschaft der zur Aufbringung der unzulänglichen Summe zu entrichtende Beitrag auf

— Drei Reichsmark 55 Pf. —

für je 100 RM Arbeitswert festgesetzt worden. Gemäß § 57 der Verordnung vom 31. Dezember 1912 (RGBl. S. 479) wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 26. Februar 1931.
Badisches Landesversicherungsamt.
Dr. Kloß.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Verlegt: Landrat Josef Roth in Waldkirch nach Offenburg.

Ernannt: Regierungsrat Dr. Franz Schülth beim Bezirksamt in Heidelberg zum Landrat in Waldkirch.

Serien-Tage!

Wir bieten auch während dieser Veranstaltung, unserem Grundsatz getreu, nur gute, gebrauchsfähige Waren!

50 Pf.

95 Pf.

1,45 RM

1,90 RM

2,85 RM

4,50 RM

HERMANN TIETZ

KARLSRUHE

Badisches Verfassungsrecht

mit Erläuterungen

herausgegeben von

Dr. Karl Glockner

Verwaltungsgerichtshofpräsident i. R.

Zweite vollständig neu bearbeitete Auflage

1930

XII, 420 Seiten, Preis 21 RM.

Wenn man berücksichtigt, daß Glockner sämtliche Gesetze und Verordnungen bis einschließlich der Geschäftsordnung des Landtags vom 21. Nov. 1929 in seinem Werke mitgearbeitet hat, dann wird auch jedem Laien die Aktualität dieses Buches offenbar. Wer sich für die weitverbreiteten Probleme von Politik und Staatsrecht interessiert, dem bedeutet Glockners Verfassungsrecht geradezu eine Fundgrube. Auch die Wüchereien von Vereinen, Gewerkschaften und anderen Körperschaften sollten sich dieses „standard work“ eines unferer ausgezeichneten Verwaltungsjuristen nicht entgehen lassen.

Verlag G. Braun, Karlsruhe

Durch Bezirksratsentscheidung vom 13. Januar 1931 wurden gemäß §§ 3 und 5 des Ortsstrafengesetzes die Straßen- und Bauflächen in dem Gebiet des ehemaligen Gottesauer Egerzierplatzes in Karlsruhe nach dem Antrag des Stadtrats vom 14. August 1930 und nach dem ihm angefügten Plan für festgelegt erklärt.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des Städt. Tiefbauamts zur Einsicht ausliegt.

Karlsruhe, den 19. Februar 1931. D. 25
Badisches Bezirksamt II.

Bei der Verbandsrevision des Badischen Sparkassen- u. Giroverbandes in Mannheim ist sofort die Stelle eines

Verbandsrevisors

zu besetzen. Besoldung erfolgt je nach Alter, Ausbildung und Erfahrung nach Gruppe VIII oder IX der alten V.O. Gesucht wird tüchtige, in allen Zweigen des Rechnungswesens sowie der einschlägigen Gesetzgebung und besonders im Revisionswesen bewanderte Kraft. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf unter Angabe der Gehaltsansprüche bis 10. III. 1931 erbeten. S. 1

Wir werben für Sie!

Hypothekenablösung

Inländische Privatfasse gibt Gelder, lange unkündbar, volle Auszahlung, verhältnismäßig niedrige Jahresleistung, auch für Neubauten. Keinerlei Vorauszahlung. Gest. Offert. unt. R. N. 5202 an „Dauer“, K.G., Freiburg i. Br. S. 1000

Der Rosenkavalier

Von Richard Strauß

Dirigent: Krips

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Blant, Franz, Fischbach,

Haberlorn, Jant, Ladner,

Seiblich, Winter, Bauer,

Hellmuth, Motzmann,

Fürstenauf, J. Gröbinger,

Kalnabach, Kiefer, Löfer,

Mentwig, Derner, Schuster,

Aras, Dose, Frohmann,

G. Gröbinger, Kilian, Klein-

bub, Lindemann, Mejer,

Nagel, Blachinsky, Nivinius

Schäfer, Schmitt

Anfang 19 1/2, Ende geg. 23

Preise C (1-7 RM)



Badisches Landestheater

Samstag, den 28. Febr. 1931

* E 17. Th.-Gem. III. S. Gr.

2. Hälfte und 501-600

Neu einstudiert

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Sparkasse Bretten

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Forderungen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	26 853,48	1. Spareinlagen	4 456 149,31
2. Guthaben bei Banken und Postsparkasse	319 444,03	2. Aufwertungsbehalten	1 785 660,44
3. Wechsel	66 762,19	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	238 503,28
4. Darlehen a. Hypotheken	2 526 519,80	4. Pfennigsparkasse	331,90
5. Darlehen auf laufende Rechnung	1 290 792,98	5. Aufwertungsbehalten	514 966,25
6. Darlehen auf Schuldscheine an Private	210 842,58	6. Reinvermögen	354 260,59
7. Darlehen auf Schuldscheine an Gemeinden	319 027,10		
8. Betriebsfonds bei Bad. Komm. Landesbank	122 000,—		
9. Wertpapiere	319 900,—		
10. Güter- und Hauskaufschillinge	21 557,—		
11. Faustpfand	40 000,—		
12. Aufwertungsbehalten	1 933 695,74		
13. Einnahmerückstände	56 131,77		
14. Rücklagen	41 343,10		
15. Verwaltungs- u. andere Gebäude, Feuervers.-Anschlag 151 400,—	55 001,—		
16. Gerätschaften	1,—		
	7 349 871,77		7 349 871,77

Berechnung der Rücklagen:

Die Rücklagen betragen 5% aus dem Gesamteinlagenbestand von 6 480 313 RM = 324 016 RM

Bretten, den 9. Februar 1931. R. 312

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Schemenau. Der Geschäftsführer: Maier